

BERATUNG DES SPD-ANTRAGS IM FINANZAUSSCHUSS DES LANDTAGS – STELLUNGNAHME DER GdP

Versorgungslücke im Versorgungsausgleich geschiedener Beamtinnen und Beamte

Eine scheinbar unendliche Geschichte geht in die nächste Runde: Nachdem wir als GdP bereits in verschiedenen Veranstaltungen (zuletzt 2023) und in zahlreichen Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern aller Parteien, der Polizeibeauftragten sowie dem evangelischen Polizeiseelsorger auf das Problem der Versorgungslücke bei geschiedenen Polizeibeamtinnen und -beamten aufmerksam gemacht hatten, hat die SPD-Fraktion im April 2026 einen Antrag im Landtag gestellt, die interne Teilung bei Beamten einzuführen. Dieser Antrag wurde leider ohne Aussprache im Parlament an den Finanzausschuss überwiesen. Von diesem wurden wir zur schriftlichen Anhörung eingeladen und haben folgende Stellungnahme abgegeben.



Veranstaltung im Jahr 2023

Die dem Antrag zugrunde liegende Problematik beschäftigt uns als Gewerkschaft der Polizei schon seit langer Zeit. Immer wieder haben wir in Veranstaltungen mit Experten auf diese Ungerechtigkeit hingewiesen. Vertreter aller politischen Parteien haben erkannt, dass hier ein echtes Versorgungsproblem besteht, das im Moment noch insbesondere und in aller Regel Frauen benachteiligt.

Diese Versorgungslücke entsteht insbesondere bei der Berufsgruppe, die wir vertreten und für die aufgrund der besonderen erhöhten Belastungen im Dienst während des gesamten Berufslebens eine besondere Altersgrenze gilt. Da die von uns vertretenen Mitglieder in aller Regel bereits mit ca. 62 Jahren in den Ruhestand

treten, die Versorgung über den Versorgungsausgleich aber erst mit Beginn des gesetzlichen Renteneintrittsalters (also mit ca. 67 Jahren) beginnt, gibt es diese besondere Finanzlücke. Der Versorgungsausgleich soll verhindern, dass ein Partner/eine Partnerin nach Scheidung im Alter finanziell benachteiligt ist, weil sie/er (in der Regel „sie“) sich während der Ehe um die Familie und die Kinder gekümmert hat.

Schleswig-Holstein hat sich vor 40 Jahren zu Recht entschieden, auch Frauen in den Polizeidienst aufzunehmen. Die Ersten treten jetzt regulär in den Ruhestand. Die Mehrzahl von ihnen hat Familie, und eine große Anzahl ist in der Zwischenzeit geschieden. Diese Frauen laufen jetzt auf genau diese fünfjährige Lücke in ihrer Altersversorgung auf ein geschmäleretes Alterseinkommen zu, obwohl auch bei pensionierten Beamten weiterhin der Anspruch auf eine amtsangemessene Ali-



Veranstaltung im Jahr 2023



mentation besteht. Deshalb ist die Problematik aktueller denn je.

Anhand eines praktischen anschaulichen Falles möchten wir den Mitgliedern des Finanzausschusses das Problem einmal konkret darstellen: Unser weibliches Mitglied ist am 28. Oktober 1965 geboren, mittlerweile Kriminaloberkommissarin (Besoldungsgruppe A 10) und steht zum 28. Februar 2027 zur Pensionierung an. Nach Ehe, Kindern und diversen Teilzeiten folgte im Jahr 2007 die Scheidung.

Der von ihr geschiedene Ehemann war zuletzt Leitender Polizeidirektor in der Besoldungsgruppe A 16 und befindet sich seit dem 1. November 2022 in Pension. Seit dieser Zeit werden Versorgungsausgleichsabzüge von seiner Pension in Höhe von 321,07 Euro im Monat einbehalten. Allein bis zum Eintritt in die Pension unseres Mitglieds Ende Februar 2027 werden also insgesamt 16.374,57 Euro als Versorgungsausgleich vom DLZP des Landes Schleswig-Holstein einbehalten. Anschließend werden für weitere fünf Jahre (Erreichen des gesetzlichen Rentenalters) weitere 19.264,20 Euro beim geschiedenen Ehepartner abgezogen und vom Land ange-

sammelt, bis es nach bisheriger Regelung zu einer ersten Auszahlung an die Ehefrau im Jahre 2032 kommen wird.

Nach der Trennung der Eheleute im Jahr 2002 hat die Ehefrau die gemeinsamen Kinder im Alter von seinerzeit vier und neun Jahren überwiegend allein betreut und erzogen. Aufgrund der damit verbundenen familiären Verpflichtungen war sie über viele Jahre hinweg auf Teilzeitschäftigungen angewiesen, was sich nachhaltig auf ihre eigene Altersversorgung ausgewirkt hat. Nach derzeitiger Berechnung wird sie im Ruhestand lediglich eine Pensi-

on von etwa 52 % (und damit fast 20 % unter dem derzeitigen Pensionsanspruch von 71,75 % nach 40 Dienstjahren in Vollzeit) erreichen.

Der vom Familiengericht rechtskräftig festgestellte Versorgungsausgleich dient dem Ausgleich der ehebedingt entstandenen Versorgungsnachteile. Daher ist aus Sicht der GdP erforderlich, dass die der Ehefrau zustehenden Ansprüche aus dem Versorgungsausgleich mit Erreichen des gesetzlich festgelegten Pensionseintrittsalters für Polizeibeamte unverzüglich, also im Jahr 2027, zur Auszahlung gelangen. ■

Unsere GdP-Landesfrauenvorsitzende Anja Keller fordert stellvertretend für die GdP Schleswig-Holstein das Schließen der ungerechten Versorgungsausgleichslücke bei geschiedenen Vollzugsbeamtinnen vom 62. bis 67. Lebensjahr. Es sei nicht nachvollziehbar, warum die drei von Frauen geführten Ministerien es seit Jahren nicht schaffen, sich auf eine Lösung zu verständigen, die die fünfjährige Durststrecke bis zur Auszahlung des Versorgungsausgleichs überbrückt. Mehrfache Gespräche mit der Innenministerin Magdalena Finke und der Finanzministerin Dr. Silke Schneider waren sehr wertschätzend, aber leider noch nicht von Erfolg gekrönt. Im Übrigen ist nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet die Gleichstellungsministerin Aminata Touré bis heute (Redaktionsschluss) noch kein Angebot für einen Gesprächstermin unterbreitet hat.

DP – Deutsche Polizei
Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (0431) 17091
Telefax (0431) 17092
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Matthias Felsch
Martin Rollmann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (0431) 1709-1
gdp-schleswig-holstein@gdp.de

Redaktionsschluss
Redaktionsschluss für die Ausgabe
September 2026 ist der 4. August 2026.



Die Teilnahme an dieser Veranstaltung wird seitens der Landespolizei als Fortbildung anerkannt. Die aufgewendete Zeit kann als Dienstzeit mit maximal der regulären täglichen Soll-Arbeitszeit angerechnet werden. Für Teilzeitkräfte kann hierbei ein Ausgleich erfolgen. Die Anmeldung erfolgt durch die Teilnehmenden selbst. Teilnahmegebühr sowie Reisekosten werden nicht erstattet, ein Fortbildungsnachweis wird seitens der Landespolizei nicht erteilt. ■



FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN LUD ZUR PODIUMSDISKUSSION EIN

Digitale Gewalt gegen Frauen

Aufgrund der aktuellen gesamtgesellschaftlichen Debatte über bildbasierte, digitale sexualisierte Gewalt, die insbesondere durch mehrere prominente Fälle angestoßen worden war, hatte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 29. Juni zu einer Podiumsdiskussion zu dem Thema „Gewalt gegen Frauen – neuere misogynen Gewaltphänomene – sexualisierte Gewalt im Netz und digitale Überwachung“ in den Landtag nach Kiel eingeladen.

Fotos: Susanne Reckhor



Für die GdP nahm unsere Landesfrauenvorsitzende Anja Keller zusammen mit Kolleginnen aus dem Hochrisikomanagement der Polizei teil. Im Publikum befanden sich außerdem Vertreterinnen der Fachverbände, der Justiz, Lehrkräfte und Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker.

Durch die gut besuchte Veranstaltung, die auch per Livestream verfolgt werden konnte, führte die Landtagsabgeordnete Catharina Nies. Politische Grußreden hielten die Gleichstellungsministerin Aminata Touré und unsere Innenministerin Magdalena Finke.

Für die Hauptbeiträge waren die Referentinnen Isabel Ströh, Journalistin beim NDR in

Hamburg, und Inga Pötting von EIN.Team gegen digitale Gewalt aus Berlin geladen. Ihr besonderer Fokus lag auf der digitalen Dimension der Gewalt an Frauen, ein Fokus, den die Istanbul-Konvention schon lange einfordert.

Am Ende der Veranstaltung zog Anja das folgende Fazit: „Digitale Medien sind unser Alltag. Sie begleiten uns täglich, selbst unsere Kinder wachsen bereits damit auf – einige gut informiert und mit Schutzvorrichtungen, aber die meisten leider ohne jegliche Kontrolle oder Begleitung. In der Veranstaltung wurden schockierende Beiträge aus dem Netz präsentiert, die aufzeigten, welche Kehrseite digitale Technik und soziale Medien haben. Sie eröffnen Tä-

ter*innen neue Wege, um Gewalt auszuüben. Gewalt an Frauen oder auch Mädchen, die von nahestehenden Personen betäubt und vergewaltigt werden. Anschließend finden sich auf Telegram ganze Communitys, ganz Netzwerke von Tätern und Nutzern zusammen, um die Videos dieser Vergewaltigungen zu konsumieren, zu kommentieren und zu vervielfältigen.

Hier entstehen neue, digitale Tatorte. Während der Podiumsdiskussion wurde klar herausgestellt, dass wir in Frauenfacheinrichtungen, im Hochrisikomanagement und in der Strafverfolgung stärker und schneller auf diese neue Art der Gewalt reagieren können müssen.“ ■





„Politische Bildung ist kein Luxus – sie ist unsere Pflicht“

Ein persönlicher Bericht vom dreitägigen Aufenthalt des GdP-Landesfachausschusses Wasserschutzpolizei in Berlin

Foto: Marius Kolesinski



Delegation vor dem Reichstagsgebäude in Berlin – ein Symbol für Demokratie und Verantwortung.

Es waren drei intensive Tage, die wir als Landesfachausschuss WSP-SH vom 8. bis 10. Juni in Berlin verbracht haben. Drei Tage, die uns nicht nur neue Einblicke in die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen gaben, sondern uns auch als Wasserschutzpolizei in unserer Rolle als demokratische Sicherheitsbehörde bestärkt haben. „Politische Bildung ist kein Luxus, den wir uns nebenbei leisten – sie ist unsere Pflicht“, das ist mir in diesen Tagen noch einmal klarer geworden.

Ein offenes Gespräch mit MdB Leif Bodin: Wenn Politik auf praktische Polizeiarbeit trifft

Unser erstes Ziel führte uns in das Reichstagsgebäude, wo wir Leif Bodin (CDU), den Bundestagsabgeordneten aus Dithmarschen, getroffen haben. Er ist Mitglied im Umweltausschuss des Bundestages und dort der anerkannte Fachmann für das Thema der Munitionsaltlasten des WK2 in Nord- und Ostsee. Hier erfuhren wir aus beruflichem Munde, wie der aktuelle Stand der Planung zur Räumung dieser Gefahrenstoffe im Wasser ist. Wir führten ein Gespräch, in dem wir konkrete Probleme und Lösungsansätze einbringen konnten.

Bodin hörte aufmerksam zu, als wir von den Gefahren für die Schifffahrt, die Fischerei und nicht zuletzt für die gesamte Meeresumwelt berichteten. „Das ist ein Thema, das mich wirklich bewegt und sehr wichtig ist“, sagte er und versprach, sich in Berlin weiter dafür einzusetzen. Noch wichtiger war mir seine Aussage, dass die Wasserschutzpolizei hier eine zentrale Rolle spielt – und dass unsere Arbeit politisch mehr Unterstützung verdient.

Auch die Fischereiaufsicht bzw. die Fischerei an sich in Nord- und Ostsee stand auf unserer Agenda. Vor allem der Schutz der immer kleiner werdenden Fischbestände wurde hier von uns angesprochen. Bodin zeigte Verständnis für die Situation und sicherte zu, sich für eine bessere personelle und materielle Ausstattung einzusetzen. „Ihr macht einen wichtigen Job – und das muss auch politisch anerkannt werden“, betonte er. Er sagte aber auch klar, dass es für die Ausweitung eines allgemeinen und umfassenden Bestandschutzes aktuell keine Mehrheiten gibt. Diese klare, offene und ehrliche Aussage hat mich nachhaltig beeindruckt.



Berliner Kolleginnen und Kollegen: Vielfalt der Aufgaben hautnah erleben

Am zweiten Tag trafen wir am Vormittag auf der Bundesgeschäftsstelle zunächst einen der vier Stellvertretenden Bundesvorsitzenden, zugleich den Vorsitzenden des Hauptpersonalrates der Bundespolizei, Sven Hüber, um über verschiedene, vor allem versorgungsrechtliche Herausforderungen zu sprechen. In diesem Zusammenhang erinnerte unsere Geschäftsführerin Susanne Rieckhof auch an die nach wie vor bestehende Versorgungslücke bei geschiedenen Polizisten-Ehen. Die GdP in Schleswig-Holstein, allen voran ihre Frauenvorsitzende Anja Keller, wünsche sich eine ähnliche Regelung der internen Teilung des Versorgungsausgleichs wie bei geschiedenen Bundespolizisten-Ehen in den Landesbezirken und Rückenwind der GdP Bund für eine bundeseinheitliche Regelung, um die bestehenden Ungerechtigkeiten der Unterversorgung vom 62. Lebensjahr bis zum gesetzlichen Rentenalter zu beheben.

Anschließend durften wir die Kollegen der Wasserschutzpolizei Berlin am Tegeler See besuchen. Die Begrüßung war herzlich und schnell merkte ich: Hier arbeiten Menschen, die mit derselben Leidenschaft bei der Sache sind wie wir in Schleswig-Holstein – nur mit anderen Herausforderungen.

Besonders beeindruckend war der Bootspark in vielerlei Hinsicht: So sind einige Boote bereits gut 60 (!) Jahre alt. Dafür gibt es aber auch sogenannte BOS-Watercrafts (im Volksmund: Jetski!). Die Berliner Kolleginnen und Kollegen zeigten uns, wie vielfältig ihre Einsätze sind. „Bei uns geht es oft um Großveranstaltungen, Umweltkontrollen oder die Zusammenarbeit mit anderen Behörden“, erklärte uns einer der Beamten. „Aber im Kern ist es wie bei euch: Wir sorgen für Sicherheit auf dem Wasser.“

Eine echte Besonderheit und Einmaligkeit ist, dass der Bereich der Luftsicherheit im Bundesland Berlin zur WSP gehört. „Uns steht ein halber Hubschrauber zur Verfügung“, sagte der Dienststellenleiter des WSP-Reviers West scherzhaft.

Der Austausch mit den Berliner Kolleginnen und Kollegen war für mich eine wichtige Erinnerung daran, dass wir als Wasser-

schutzpolizei nicht isoliert arbeiten. Wir sind Teil eines größeren Ganzen – und dieser Austausch hilft uns, voneinander zu lernen.

Kultureller Ausgleich mit Tiefgang: ein Abend im Friedrichstadtpalast

Nach einem intensiven Arbeitstag gönnten wir uns einen kulturellen Ausgleich: einen Abend im Friedrichstadtpalast. Das Variété-Programm war atemberaubend – aber für mich persönlich war es mehr als nur Unterhaltung. „Kunst und Kultur sind wichtig, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken“, dachte ich mir, während ich die Darbietungen verfolgte. Als Polizeibeamter ist man oft mit den Schattenseiten des Lebens konfrontiert. Da tut es gut, auch die schönen Seiten zu sehen – und sich daran zu erinnern, warum wir diesen Job machen.

Gedenken und Reflexion: Warum wir uns an Wilhelm Krützfeld erinnern müssen

Der dritte Tag begann mit einem Gedenkakt am Ehrengrab von Wilhelm Krützfeld in Berlin-Weißensee. Krützfeld, geboren im Kreis Segeberg, war ein Berliner Polizeibeamter, der während der NS-Zeit Widerstand leistete und in der Reichspogromnacht am 9. November 1938 die Brandstiftung der neuen Synagoge in der Oranienburger Straße verhinderte. Er steht heute als Symbol für Zivilcourage und Menschlichkeit. Wir betrieben ein bisschen Grabpflege, legten Blumen nieder und gedachten in einer kurzen Andacht der Opfer der NS-Diktatur.

„Solche Momente der Erinnerung sind uns wichtig“, sagte uns Andreas Kropius, Stellvertretender Vorsitzender des HPR der Polizei in SH. „Sie erinnern uns daran, dass unsere Arbeit als Polizei immer auch eine Verantwortung für Freiheit und Menschenrechte bedeutet.“ Im Anschluss besuchten wir die Gedenkstätte Berliner Mauer, wo wir uns mit der Geschichte der deutschen Teilung auseinandersetzten. Die originale Grenzanlage und die Geschichten der Opfer machten mir einmal mehr bewusst, wie zerbrechlich Demokratie und Freiheit sind – und wie wichtig es ist, sie jeden Tag zu verteidigen.

Zukunft gestalten: von Büsum bis zu den Personalratswahlen 2027

Unser letzter Programmpunkt führte uns in die Bundesgeschäftsstelle der GdP in Berlin. Hier ging es um konkrete Pläne: den „Tag der Wasserschutzpolizei“ am 15. August 2026 in Büsum und die anstehenden Personalratswahlen 2027.

„Die GdP setzt sich mit Nachdruck für die Interessen der Wasserschutzpolizei ein“, erklärte uns ein Vertreter der Bundesgeschäftsstelle. „Ob bei tariflichen Fragen, der Personalgewinnung oder der politischen Interessenvertretung – wir sind an eurer Seite.“ Besonders beeindruckt hat mich die Vorstellung, wie die GdP auf Bundesebene arbeitet, um unsere Belange in die Politik zu tragen. „Solche Austauschformate sind unverzichtbar“, sagte ich zu den Kollegen. „Nur wenn wir uns vernetzen und unsere Stimmen bündeln, können wir etwas bewegen.“

Ein Fazit, das verbindet: Warum solche Reisen wichtig sind

Unser dreitägiger Aufenthalt in Berlin war für mich mehr als nur eine Bildungsreise. Es war eine Bestätigung dafür, dass wir als Wasserschutzpolizei nicht nur Vollzugsbeamte sind, sondern auch demokratische Akteure. Wir haben nicht nur neue Kontakte geknüpft und Einblicke in andere Arbeitsweisen gewonnen – wir haben auch unsere eigene Rolle reflektiert.

„Politische Bildung ist kein Luxus, den wir uns nebenbei leisten – sie ist unsere Pflicht“, das ist mir in diesen Tagen noch einmal klarer geworden. Als Polizei müssen wir nicht nur Gesetze kennen und anwenden, sondern auch verstehen, in welchem gesellschaftlichen und politischen Kontext wir arbeiten. Nur so können wir unsere Aufgaben verantwortungsvoll und mit Überzeugung erfüllen.

Die GdP wird solche Formate hoffentlich auch in Zukunft fördern – denn wir brauchen mehr denn je eine Polizei, die nicht nur handelt, sondern auch denkt und versteht.

Marius Kolasinski,
Vorsitzender des GdP-Landes-
fachausschusses Wasserschutzpolizei
Schleswig-Holstein



Nachruf auf Bernd Möller

Es gibt Menschen, deren Anwesenheit selbstverständlich erscheint. Menschen, von denen man glaubt, sie würden immer da sein – als verlässlicher Ratgeber, als helfende Hand, als ruhender Pol. Bernd war ein solcher Mensch.

Umso schwerer ist es zu begreifen, dass er viel zu früh aus unserer Mitte gerissen wurde.

Bernd war vor allem eines: Familienmensch. Gemeinsam mit seiner geliebten Daggi schuf er einen Ort der Geborgenheit für eine außergewöhnlich große Familie. Fünf Kinder, zehn Enkelkinder – zwei von ihnen erst im Juni dieses Jahres geboren – und ein elftes Enkelkind bereits auf dem Weg. Für sie alle waren Daggi und Bernd der Fels in der Brandung, der sichere Ankerplatz, der Hafen, in den man jederzeit zurückkehren konnte. Seine Familie war sein ganzer Stolz, seine größte Freude und seine Kraftquelle.

Sein Lebensmotto lautete: „Genieße das Leben, denn davon hast du nur eins.“ Und genau so lebte er. Nicht oberflächlich oder leichtfertig, sondern mit einer tiefen Wertschätzung für das Leben und die Menschen, die es mit ihm teilten.

Bernd stellte die Sorgen und Bedürfnisse anderer stets vor seine eigenen. Wer seine Unterstützung brauchte, konnte sich auf ihn verlassen – ohne viel Aufhebens, ohne Erwartung einer Gegenleistung. Hilfsbereitschaft war für ihn keine Pflicht, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Die See war seine Leidenschaft. Als Mann der Marine und begeisterter Taucher fühlte er sich dem Wasser stets verbunden. Später fand er bei der Wasserschutzpolizei seine berufliche Heimat – eine Aufgabe, mit der er sich von ganzem Herzen identifizierte und der er mit großer Überzeugung diente.

Auch als Personalrat war Bernd eine Persönlichkeit, die Respekt genoss. Er war ein ernst zu nehmender Gesprächspart-

ner, ein verlässlicher Vertrauter und ein Mensch mit klaren Prinzipien. Man konnte ihn nicht verbiegen. Er stand zu seinen Überzeugungen, blieb dabei stets fair und integer. Niemand konnte ihm Unehrllichkeit oder Eigennutz vorwerfen.

An seine Kolleginnen und Kollegen stellte Bernd keine überhöhten Erwartungen. Umso höhere Ansprüche stellte er an sich selbst. Verantwortung zu übernehmen war für ihn selbstverständlich – besonders dann, wenn es schwierig wurde oder unbequem war. Er scheute keine Auseinandersetzung, wenn es darum ging, für andere einzustehen. Gerade diese Haltung machte ihn zu einem geschätzten Kollegen und einem Menschen, auf dessen Wort man sich verlassen konnte.

„In tiefer Trauer und mit großem Respekt nehmen wir Abschied von unserem langjährigen Kollegen und Weggefährten Bernd Möller, der im Alter von 62 Jahren viel zu früh von uns gegangen ist. Bernd war über viele Jahrzehnte ein festes und unersetzliches Mitglied unserer Gewerkschaft der Polizei (GdP). Mit unermüdlichem Engagement, tiefer Fachkompetenz und einem stets offenen Ohr leitete er über Jahre hinweg den Landesfachausschuss Wasserschutzpolizei. Sein Verlust reißt eine tiefe Lücke in unsere Gemeinschaft.“

Sven Neumann,
Landesvorsitzender

Foto: Susanne Rieckhof



Mit Bernd verlieren wir nicht nur einen Kollegen, sondern einen Freund, einen Ratgeber und einen Menschen mit großem Herzen. Sein Platz wird leer bleiben. Doch die Werte, für die er stand – Verlässlichkeit, Geradlinigkeit, Menschlichkeit und Fürsorge – werden weiterleben. In den Erinnerungen seiner Familie, seiner Freunde und aller, die das Glück hatten, ihn ein Stück seines Lebens begleiten zu dürfen.

Unser tiefes Mitgefühl gilt Daggi, seinen Kindern, seinen Enkelkindern und seiner gesamten Familie.

Lieber Bernd,

du hast das Leben genossen und gleichzeitig das Leben vieler anderer bereichert. Du hast Spuren hinterlassen, die bleiben. Wir werden dich nicht vergessen.

Mach's gut und hab immer eine Handbreit Wasser unter dem Kiel.

Dirk Tschöke



Rundreisen erleben
Europa entdecken

FINNLAND

5-tägige **Standortreise** ab/bis Kittilä
Reisetermine vom November 2026 bis April 2027

Standortreise Northern Lights Village Levi

- Flexible Aufenthaltsdauer
- Polarlichter-Sichtung aus dem warmen Bett
- Beste Lage in der Wildnis nahe Levi
- Umfangreiches Ausflugsangebot (buchbar ab 24.11.)
- Glasdach auf Knopfdruck beiheizbar und schneefrei

*Impressionen von Kunden
auf Insta & Facebook
psw_reisen_sh*

z. B. 06.04. -10.04.2027
pro Person im Doppelzimmer
exkl. Flug

ab **668 €**

PSW Reisen Kiel
Max-Giese-Str. 22, D-24116 Kiel
Tel 0431 - 17093
psw-reisen.kiel@t-online.de



PSW Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Str. 2, D-23560 Lübeck
Tel 0451 - 50 21 736
psw-reisen.luebeck@t-online.de



Tagebuch Juni von Susanne Rieckhof

Susanne
Rieckhof



Foto: GdP

2. Juni

Heute gemeinsam mit Sven und Sonja im Austausch mit der neuen Polizeibeauftragten des Landes Schleswig-Holstein, Anke Erdmann. In dem gut anderthalbstündigen Kennenlerngespräch geht es vor allem um das geplante GGVSD (Landesantidiskriminierungsgesetz), die Anerkennung von PTBS als Dienstunfall sowie die Schließung der Versorgungsausgleichslücke bei geschiedenen Polizeibeamten mit ihrer besonderen Altersgrenze. Ein guter wertschätzender Austausch, der regelmäßig wiederholt werden soll!

Foto: SR



Am Abend dann 80 Jahre FDP in Schleswig-Holstein. Gemeinsam mit Sven treffe ich den neuen FDP-Bundesvorsitzenden Wolfgang Kubicki. Ich beobachte mit Freude die gute Tradition in Schleswig-Holstein, dass sich Politiker aller demokratischen Parteien gegenseitig die Ehre erweisen und bei aller Kontroverse in der Sache respektvoll und wertschätzend, fast schon freundschaftlich miteinander umgehen.



4. Juni

LV-Sitzung mit der Sozialministerin Amina Touré (wir berichteten im letzten Heft). Am Abend dann Sommerempfang der Nordkirche in Schleswig bei fürchterlichem Unwetter.



8–10. Juni

Unterwegs nach Berlin mit dem LFA Wasserschutzpolizei (siehe den Bericht von Marius Kolasinsky).

12. Juni

Verabschiedung meines GEW-Kollegen Bernd Schauer in den Ruhestand nach 35 Jahren auf der MS Stadt Kiel.



16. Juni

Sprechstunde an der FHVD. Da gerade die mündlichen Prüfungen laufen, ist es dieses Mal fast wie ein Klassentreffen, denn ich treffe viele bekannte Gesichter, so zum Beispiel den Regionalgruppenvorsitzenden SH Mitte, Malte Jepsen.



17. Juni

Heute bin ich erneut im Landtag, um der ersten Lesung des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) beizuwohnen. Ich erlebe eine lebendige Debatte. Der nunmehr in die erste Lesung eingebrachte Koalitionsentwurf ist gegenüber der ersten Fassung eines GGVSD aufgrund der erfolgreichen Bemühungen einzelner Abgeordneter der CDU-Fraktion und unseren zahlreichen Bemühungen und Gesprächen auf allen Ebenen deutlich entschärft. So wird es eine strikte Beweislastumkehr nicht mehr geben. Nichtsdestotrotz bleiben wir bei unserer klaren Auffassung, dass es eines solchen Gesetzes für das Land Schleswig-Holstein nicht bedarf.

18. Juni

Antrittsbesuch des neuen evangelischen Polizeiseelsorgers Thomas Dietl. Sven und ich lernen Thomas als einen aufgeschlossenen, zugewandten, freundlichen Kollegen kennen, dem man sich sofort anvertrauen möchte.



19.–28. Juni

Ausnahmезustand in Kiel, aber mit traditionellem Backfisch-Essen der Geschäftsstelle.



26. Juni

Bachelorisierungsfeier in den Holstenhallen in Neumünster mit 217 Absolventinnen und Absolventen. Unter den zehn Bestplatzierten allein acht mit der richtigen Gewerkschaftszugehörigkeit. ;-) Herzlichen Glückwunsch! Für die GdP zum Gratulieren am Start, auch zum Teil in anderen Funktionen dabei: Andreas Kropius, Sven Neumann, Sonja Blaas und ich.



30. Juni

Gespräch mit der Regionalgruppe Justizvollzug und der CDU-Abgeordneten Marion Schiefer im Landeshaus. Am Abend dann Evaluation des Landesaktionsplans gegen Rassismus im Wissenschaftszentrum in Kiel. Schön zu sehen, wie gut die Landespolizei in diesem Themenbereich bereits aufgestellt ist. Ein deutliches Zeichen mehr, dass es eines LADG nicht bedarf.

